

Präsident: Wir befinden über Eintreten. Herr Ruf-Bern hat einen Nichteintretensantrag gestellt. Dieser wird von Herrn Weder-Basel unterstützt. Kommission und Bundesrat lehnen diesen Nichteintretensantrag ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Ruf-Bern (Nichteintreten)	12 Stimmen
Für den Antrag der Kommission (Eintreten)	91 Stimmen

Präsident: Wir kommen zum Rückweisungsantrag der Minderheit.

Abstimmung – Vote

Für den Rückweisungsantrag der Minderheit	50 Stimmen
Dagegen	94 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1bis (neu)

Antrag der Kommission

Minderheit

(Mauch, Borel, Lanz, Maeder-Appenzell, Nussbaumer, Wick)
Sämtliche der Eidgenossenschaft aus der Vorlage entstehenden Kosten sind vollumfänglich von der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG dem Bund zurückzuzahlen.

Art. 1bis (nouveau)

Proposition de la commission

Minorité

(Mauch, Borel, Lanz, Maeder-Appenzell, Nussbaumer, Wick)
La totalité des coûts qui résultent du projet pour la Confédération doivent lui être remboursés intégralement par la SA Energie nucléaire de Kaiseraugst.

Bundesrat **Schlumpf:** Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Es entstehen hier nicht besondere Verfahrens- oder andere Kosten. Soweit es um die Ueberlassung des Gebäudes geht, ist ein Mietzins zu entrichten. Wenn ich mich recht erinnere, steht ein solcher von 300 000 Franken im Jahr in Frage, und das dürfte eine angemessene Entschädigung für das sein, was der Bund zur Verfügung stellt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	52 Stimmen
Dagegen	86 Stimmen

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusentwurfes	92 Stimmen
Dagegen	40 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

84.221

**Parlamentarische Initiative
Atomkraftwerke. Moratorium**

Initiative parlementaire

Centrales nucléaires. Moratoire

Wortlaut der Initiative

In allen Atomkraftwerken (und Wiederaufbereitungsanlagen) fallen radioaktive Abfälle an, die zum Teil Jahrtausende von Mensch und Umwelt ferngehalten werden müssen, weil sie sonst Krebs und Erbschäden verursachen. Die risikolose Beseitigung des Atommülls stellt die Menschheit vor äusserst schwierige Probleme. Weltweit gibt es dafür keine Lösung, und es steht auch keine in Aussicht.

Nebst dem zeigen neueste Untersuchungen, dass die Emissionen aus A-Werken am Waldsterben mitverantwortlich sein können.

Das Parlament wird eingeladen, möglichst rasch einen dringlichen Bundesbeschluss zu erlassen, der ein Moratorium von mehreren Jahren für alle auf dem Gebiet der Schweiz geplanten und im Bau befindlichen Atomkraftwerke vorsieht.

Texte de l'initiative

Toutes les centrales nucléaires (et installations de retraitement du combustible) produisent des déchets radioactifs qui doivent être stockés, pour certains pendant des milliers d'années, loin des hommes et de leur environnement, car ils peuvent provoquer des cancers et des troubles génétiques. L'élimination sans risque des déchets nucléaires pose à l'humanité un problème extrêmement difficile. Or, aucun pays n'a encore trouvé de solution et il n'y en a même pas en vue.

En outre, des enquêtes toutes récentes montrent que les émissions des centrales nucléaires pourraient avoir contribué au dépérissement des forêts.

Le Parlement est invité à édicter, le plus rapidement possible, un projet d'arrêté fédéral urgent, instituant un moratoire de plusieurs années pour toutes les centrales nucléaires en construction et en projet sur le territoire suisse.

Herr **Euler** unterbreitet namens der Energiekommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen hiermit gemäss Art. 27 Abs. 5 des Geschäftsreglementes den Bericht der vorberatenden Kommission über die von Nationalrat Weder am 20. März 1984 eingereichte parlamentarische Initiative. Die als allgemeine Anregung formulierte Initiative verlangt den Erlass eines dringlichen Bundesbeschlusses, welcher ein Moratorium von mehreren Jahren für alle auf dem Gebiet der Schweiz geplanten und im Bau befindlichen Atomkraftwerke vorsieht.

Die Kommission hat den Initianten an ihrer Sitzung vom 20. November 1984 angehört und über die Initiative beraten. Sie ist mehrheitlich der Auffassung, dass die Entsorgung des in der Schweiz produzierten Atommülls ohnehin gelöst werden muss und dass ein Moratorium für Atomkraftwerke nicht nur zu einer Stromverknappung führt, sondern auch dem Volksentscheid vom 23. September 1984 widerspricht. Die Kommission beschloss deshalb mit 10 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung, der Initiative keine Folge zu geben.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt, der Initiative Weder keine Folge zu geben und sie abzuschreiben.

Proposition de la commission

La commission propose de ne pas donner suite à l'initiative Weder et de la classer.

Erwägungen der Kommission

1. Der Initiator begründet seinen Vorstoss hauptsächlich damit, dass die risikolose Entsorgung des Atommülls nicht gewährleistet ist. Ausserdem betont er, es sei ethisch nicht verantwortbar, dass der heutige Mensch durch die Produktion von Atommüll die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht späterer Generationen derart massiv einschränke.

2. Die Kommission kann sich in der Mehrheit diesen Argumenten nicht anschliessen. Die naturwissenschaftlichen Ausführungen des Initianten werden bestritten, und es wurde auch festgestellt, dass wir faktisch seit einigen Jahren bereits ein Moratorium haben. Die Kommission lehnt die Initiative auch deshalb ab, weil ein Moratorium für geplante oder im Bau befindliche Atomkraftwerke die Schweiz nicht davon entbinden kann, Lösungen für die sichere Lagerung des bereits heute in Medizin, Forschung und Industrie produzierten Atommülls zu finden. Die NAGRA und andere Institutionen bearbeiten gegenwärtig zuhause des Bundesrates entsprechende Vorschläge.

Ausserdem würde das vom Initiator beantragte Moratorium von mehreren Jahren gemäss den energiepolitischen Perspektiven des Bundesrates zu einer Stromlücke führen. Schliesslich gilt es zu berücksichtigen, dass Volk und Stände in der Abstimmung über die Atom- und Energie-Initiative vom 23. September 1984 das Verbot weiterer Atomkraftwerke abgelehnt haben.

Eine Kommissionsminderheit unterstützt die Initiative und verspricht sich davon einen Zeitgewinn zum Nachdenken. Sie teilt zwar nicht unbedingt die Begründungen des Initianten, ist aber mit ihm einverstanden, dass man gegenwärtig den Bau weiterer Atomkraftwerke nicht verantworten kann. Die Kommissionsminderheit befürwortet eine aktive Energiepolitik des Bundes und der Kantone, mit der die Nachfrage nach Elektrizität gesteuert werden kann.

Begründung des Initianten

Seit 1979 hat sich die Situation in Bezug auf das Problem der Beseitigung des radioaktiven Abfalles drastisch verschlechtert:

1. Das Versenken des Atommülls im Atlantik musste eingestellt werden.
2. Die Wiederöffnung des Salzlagers Asse II (BRD) hat sich zerschlagen.
3. Das Projekt «Gewähr» kann kaum realisiert werden und ist wissenschaftlich sehr umstritten.
4. Der hochradioaktive Müll aus La Hague (Frankreich) muss ab 1990 zurückgenommen werden.
5. Offen ist die Frage des Transfers des technischen Wissens auf Zehntausende von Jahren.
6. Lässt sich die Einschränkung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts für kommende Generationen rechtfertigen?

Fragwürdige Entsorgung

Es ist in hohem Masse unverantwortlich, unseren Nachkommen das Risiko des Atommülls zu hinterlassen, der bis in fernste Zukunft unter Bewachung und strikter Isolation gehalten werden muss. Im Atom-Denkwort der protestantischen Kirche steht dazu: «Das Wort Entsorgung enthält ein Versprechen, das bis jetzt nicht eingelöst werden kann. Dennoch werden immer mehr Atomkraftwerke gebaut. Mit jedem von ihnen wächst auch die Unfallgefahr. Die Zerstörungsfolgen eines schweren Atomunfalles sind kurz- und langfristig von unabsehbarer Tragweite für die Menschen, die Tiere und die Pflanzenwelt. Doch bereits auch der Normalbetrieb von Atomanlagen stösst krebserregende Radionuklide aus, die sich allmählich in diversen Nahrungsketten und schliesslich in den Geweben konzentrieren, dabei von einer Generation zur anderen weitergereicht werden und im Laufe der Zeit noch kaum abzusehende Schäden erzeugen werden.»

Atommüllversenkung im Atlantik

Die USA verzichten seit einigen Jahren auf die Versenkung von Atommüll vor ihren Küsten, weil Forschungsergebnisse

bestätigen, dass einerseits ein Teil der Fässer bereits in wenigen hundert Metern Tiefe bersten und dass andererseits die Gefahr der weiträumigen Verseuchung nicht auszuschliessen ist. Ueber die Spätfolgen bestehe noch immer Unklarheit.

Einlagerung in Salzstöcken

Lange Jahre bezeichneten die Verantwortlichen den Salzstollen «Asse II» als sicherste Endlagerungsstätte. Seit 1978 wird jedoch auch an diesem Ort nicht mehr abgelagert, weil die Gefahr des Wassereintruchs besteht. In der Umgebung von Asse II sind bereits drei Schachtanlagen wegen Wassereintruch aufgegeben worden. Ein solcher Einbruch darf nicht passieren, würde er doch eine echte ökologische Katastrophe bedeuten.

Atomkraftwerke und Waldsterben

Namhafte Wissenschaftler weisen auf den nicht auszuschliessenden Zusammenhang zwischen Wachstumsrückgang bei Bäumen durch den von Atombombenversuchen, Atomkraftwerken und Aufbereitungsanlagen erzeugten und freigesetzten radioaktiven Kohlestoff C14 hin. Die Beweise häuften sich in letzter Zeit mehrfach, dass nicht nur Abgase der Motorfahrzeuge und der Oelheizungen, sondern in besonderer Masse die von den Atomanlagen ausgestossene künstliche Radioaktivität mindestens ein Mitverursacher, wenn nicht gar Auslöser des sauren Regens sein könnte.

10 000 Jahre nach uns

Diese und voraussichtlich auch die nächste Menschengeneration vergraben und versenken tödlich strahlenden Atommüll – aber wie sollen die Menschen in 10 000 Jahren vor solchen Hinterlassenschaften gewarnt werden, damit sie sich davor schützen können? Mit diesem Problem hat sich das Energieministerium der USA in einer Studie beschäftigt. Es kommt zum Schluss, dass die heutige Generation dafür verantwortlich bleibt und alle Voraussetzungen schaffen muss, um «Kommunikationsmassnahmen zur Ueberbrückung von zehn Jahrtausenden» zu gewährleisten. In der Schweiz hat man sich mit diesem Problem nicht beschäftigt.

Beseitigung ausgedienter Atomkraftwerke

Ein Atomkraftwerk hat eine produktive Lebensdauer von zirka 30 bis 40 Jahren. Was dann mit dem radioaktiven Inventar, dem Reaktordruckgefäss und dem anfallenden strahlenden Schrott geschehen soll, ist noch unklar. Sicher ist nur, dass ein Teil dieser Produkte wie hochradioaktiver Abfall behandelt und während vieler Generationen abgesperrt und überwacht werden muss. Eine Demontage wird aufgrund der im Reaktor verbleibenden Radioaktivität und der verseuchten Teile sehr viel gesundheitsgefährdender, komplizierter und damit auch teurer. Die genauen Kosten sind unbekannt. US-Schätzungen für den Abbruch eines ausgedienten Atomkraftwerks schwanken zwischen 250 Millionen und 5 Milliarden Franken.

Verglasung des Atommülls

Jeweils kleine Portionen des hochradioaktiven Abfalls sollen in Blöcke aus Spezialglas eingeschmolzen werden. So strahlenintensiv ist der verglaste Müll, dass sich die Brocken noch selbsttätig aufheizen, auf 700 Celsiusgrade innen, 400 Grad aussen. Gutachter im Gorleben-Hearing von 1979 kommen zum Schluss, dass die eingeglasten Abfälle unter der Einwirkung starker Strahlen und einer Wärmeentwicklung von 150 W/1 in einem Zeitraum von zehn bis 200 Jahren aufgelöst werden. Die Stahlschicht, die das Glas umgibt, wird in wenigen Monaten korrodiert sein.

Experten – im Auftrag der französischen Regierung – stellten 1983 fest: «Hauptproblem bei der atomaren Entsorgung ist für die Kommission die langfristige Lagerung. Der Einschluss der radioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in Beton, Teer, Stahl oder Glas sei nur für einige Dutzend Jahre eine befriedigende Lösung, während die Eignung für die längerfristige Lagerung unter der Erde nicht erwiesen sei.»

Atommüll-Ethik / Grundrechte

Unsere Industriegesellschaft setzt Fakten, die zukünftige Generationen nicht mehr rückgängig machen können. Man denke an die von uns ausgebeuteten und zu Ende gehenden Reserven an Erdöl, Uran, Kupfer und Eisen usw.

Vordringliche Aufgabe sollte es heute sein, diesen Planeten vor der Uebernutzung zu schützen und ihn so weiterzugeben, wie wir ihn von unseren Vorfahren erhalten haben, so dass auch zukünftigen Generationen ein lebenswertes Dasein gesichert bleibt. Zu diesem «lebenswerten Dasein» gehören auch die Grundrechte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde und das Grundrecht auf Leben ohne Angst und auf Selbstbestimmung. Gegen diese Grundrechte verstossen wir jedoch, wenn wir alle kommenden Generationen «ohne ihre Mitsprache» zu Wachhunden unserer Abfälle aus der Kernspaltung degradieren.

Der Münchner Philosoph R. Spaemann hat die sozialetischen und rechtlichen Probleme wie folgt formuliert: «Die Entfesselung radioaktiver Strahlung schafft einen Umstand, der durch keinerlei spätere Entscheidungen ungeschehen gemacht werden kann. Die kommenden Generationen haben das Faktum als unveränderliches Datum in ihr Leben aufzunehmen. Wer sich mit diesen künftigen Generationen in einer geschichtlichen Solidarität weiss, kann daher einen solchen Mehrheitsentscheid nicht einfach akzeptieren. Er sieht darin eine Ueberschreitung der Kompetenz einer Mehrheit, die gegenüber den Betroffenen stets in der Minderheit bleibt.»

Aus vorstehenden Gründen bitte ich, dem Moratorium zuzustimmen.

Weder-Basel: Ich habe meine Begründung seinerzeit abgeliefert, indem ich ein paar Punkte anführte, worin ich aufzeigte, dass sich die Situation in bezug auf Atommüll in der Schweiz ganz wesentlich verschlechtert hat. Ich wiederhole kurz warum:

1. Das Versenken des Atommülls im Meer soll künftig nicht mehr gestattet sein. Bravo! möchte ich dazu sagen, denn man muss wissen, dass darin sehr grosse Gefahren stecken.
2. Die Wiedereröffnung des Salzlagers Asse II, wo die Schweiz bis vor kurzem Atommüll lagerte, findet nicht statt. Hier kommt etwas Neues dazu, was die Situation noch tragischer macht, denn der Salzstock Gorleben, auf den sich die Schweizer Instanzen auch berufen, wird nicht vor dem Jahr 2000 zur Verfügung stehen. Und beim Salzlager Asse, das geschlossen wurde, steht nach den letzten Erfahrungen fest, dass das Material wieder herausgeholt wird, das man unvorsichtigerweise dort deponiert hat. Schweizer Material war auch dabei.
3. Das Projekt «Gewähr» kann kaum realisiert werden. Dafür kommt es ja leider heute nicht zu der erwarteten Diskussion, aber immerhin darf man dazu sagen, dass namhafte Wissenschaftler davor warnen und sich direkt lustig machen über die Prognosen, die da teilweise aufgestellt werden. Ich darf nur Prof. Burri aus Lausanne zitieren, der gesagt hat: «Wer sich erdreistet, geologische Voraussagen zu machen über mehr als 10 000 Jahre, der ist ein Scharlatan.»

4. Wir müssen den hochradioaktiven Müll nun anno 1990 definitiv zurücknehmen: seit Einreichung meiner parlamentarischen Initiative ist die Situation nochmals drastisch schlimmer geworden.

Nun möchte ich Ihnen einmal erzählen, wie man uns im Laufe der Zeit angelogen hat. Das ging sogar so weit, als man uns wieder vertröstete – ich erinnere daran: ursprünglich hat man uns A-Werk-Gegnern gesagt, der Atommüll werde in den Eiswüsten des Nordkaps versenkt. Dann hat man festgestellt, dass das Material warm wird, das Eis durchschmilzt und ins Wasser kommt und damit zurück in den Kreislauf der Natur. Dann hat man uns gesagt, man gehe in die Sahara damit. Dort sei es ganz sicher. Kurz darauf hat man uns gesagt, auch dort sei Wasser zu finden. Weiter hat man uns dann versprochen, man schiesse das Zeug ins Weltall. Nachdem aber einige Raketen umdrehten und nicht hinaufgingen, hat man auch davon wieder abgesehen. Dann hat man uns gesagt, jetzt habe man das Ei des

Kolumbus gefunden, und das waren dann die Salzstöcke. Ueber Salzstöcke ist bekannt, dass Asse geschlossen und ausgebuddelt wird und Gorleben nicht vor dem Jahr 2000 zur Verfügung stehen wird.

Jetzt kommt das Neueste, und hier bin ich gespannt, was mir Bundesrat Schlumpf antworten wird. Herr Schlumpf hat in diesem Jahr, im Frühling, gesagt, er sei der Auffassung, man müsse für den Atommüll in der Schweiz eine Lösung finden: «Der Bundesrat erinnert uns ferner daran, Entsorgungsmöglichkeiten im eigenen Land bereitzustellen. Gleichzeitig sollte sich die Schweiz aber auch einer allfälligen internationalen Land-Lösung nicht im vornherein verschliessen.» Das heisst konkret, der Bundesrat will, zusammen mit den anderen bedrohten Ländern – das Atommüllproblem bedroht ja nicht nur uns –, den Müll in einem Entwicklungsland ablagern. Man wird das gegen teures Geld machen können. Ich halte das aber für ausserordentlich unfair, denn das Wissen um diesen Müll, das Hüten dieses Mülls usw., nur wir wissen, welche Gefahren da drin stecken. Aber jetzt irgendeinen Platz in einem Entwicklungsland kaufen und sich dort die Möglichkeiten der Deponierung zu sichern, halte ich in höchstem Masse für unanständig, um das noch ganz vorsichtig auszudrücken.

Ich bedaure sehr, dass die Kommission nicht auf meine Argumente im Detail eingetreten ist, denn es gäbe da ein paar Punkte, die sich die Kommission hätte anschauen müssen.

Ich sage nur: Wir hinterlassen kommenden Generationen eine schwere Hypothek. Bis in fernste Zukunft werden sie unseren Müll bewachen müssen!

Der radioaktive Müll, selbst Teile davon, werden während Jahrhunderten Hitze abgeben. Man sagt, man würde diesen Müll verglasen. Wissen Sie, dass in einem solchen Glasblock im Innern 700 Grad Wärme entstehen und am Rand aussen immer noch 400 Grad? Das will man ein paar Mal zehntausend Jahre einpacken. Ich greife mir wirklich an den Kopf, wie man solches Material nächsten Generationen überlassen will, einpacken will und zur Verfügung stellen. Dabei wissen wir nicht einmal, wie wir das Material beschriften. Wir können ein Gefahrenzeichen, einen Totenkopf draufmachen, aber wir wissen ja nicht, was passiert, welche Sprache die Leute in zehntausend Jahren reden, die an das Material herankommen!

Es gibt übrigens – und das ist auch bezeichnend – im Land der Atomkraft, was ja immer noch Amerika ist, darüber eine Untersuchung. Die sind hingegangen und haben das untersucht. Sie reden davon, dass wir verantwortlich sind für die späteren Kommunikationsmöglichkeiten über diesen Müll. Wir, unsere Generation, sind verantwortlich und nicht die nächste oder kommende Generationen! Es ist übrigens ein Problem, das ich bei nächster Gelegenheit hier parlamentarisch aufgreifen werde, damit sich unsere Verwaltung auch einmal den Kopf zerbricht, wie denn das passieren soll.

Dann komme ich zum Problem Atomkraftwerke und Waldsterben: Der Bundesrat hat uns dieses Jahr gesagt, es gebe keinen Zusammenhang. Von einer hohen Warte wischt man uns das Papier um den Kopf: es gebe keinen Zusammenhang. Dann kommt das Bundesamt für Umweltschutz mit seiner Broschüre No. 43 und dort wird festgehalten, dass das Problem tatsächlich einer Abklärung bedarf. Dann kam es zum Streit – Sie erinnern sich, Herr Oehen hatte eine Anfrage gemacht –, und jetzt bin ich sehr gespannt, was uns denn nach den letzten Untersuchungen der Bundesrat sagen wird. Denn neu ist hinzugekommen, dass Prof. Reichelt zusammen mit Herrn Prof. Kollert an sieben Atomreaktoren das Waldsterben untersucht hat. Und dabei wurden an allen sieben Stellen die gleichen Schadenbilder beobachtet. Nun meine ich, die Beweislast liege nicht mehr auf der Seite der A-Werk-Gegner. Jetzt wäre es Zeit, dass die andere Seite mal antritt und ihre Untersuchungen darlegt, denn wir wissen nichts von den Untersuchungen auf der anderen Seite. Sie behaupten schlicht und einfach, es gebe keine Auswirkungen. Aber wir haben heute, nachdem wir diese Untersuchungen Reichelt, Kollert kennen, übrigens bestätigt von Prof. Metzner, einem CDU-Mann konservativen Schlages,

Anrecht darauf, dass die andere Seite uns sagt, ob diese Untersuchungen zutreffen oder nicht. Der Beweis ist siebenfach, den wir angetreten haben.

Ich komme noch zu einem Problem, das mich persönlich in dieser Sache sehr beschäftigt: Unsere Industriegesellschaft setzt Fakten, die zukünftige Generationen nicht mehr rückgängig machen können. Zukünftige Generationen müssen mit unserer Hypothek der strahlenden Zukunft leben. Prof. Spaemann, ein katholischer Philosoph aus München sagte dazu: «Die Entfesselung radioaktiver Strahlung schafft einen Umstand, der durch keinerlei spätere Entscheidungen ungeschehen gemacht werden kann. Die kommenden Generationen haben das Faktum als unveränderliches Datum in ihr Leben aufzunehmen. Wer sich mit diesen zukünftigen Generationen in einer geschichtlichen Solidarität weiss, kann daher einen solchen Mehrheitsentscheid nicht einfach akzeptieren. Es sieht darin eine Ueberschreitung der Kompetenz einer Mehrheit, die gegenüber den später Betroffenen immer eine Minderheit sein wird.»

Ich komme zum Schluss. (*Heiterkeit*) Ich weiss, es ist unangenehm, solche Wahrheiten entgegennehmen zu müssen. Ich weiss das. Ich bin mir auch gewohnt, dass man darüber lacht. Schade, ich habe jetzt das Papier nicht bei mir, sonst hätte ich da grad noch einen Deckel draufsetzen können. In Amerika kühlen sie Stahltanks seit 25 Jahren, 2-Millionen-Liter-Stahltanks. Der radioaktive Inhalt muss umgerührt und die Tank ständig gekühlt werden mit einem grossen Wasserschirm. So kühlt man hochradioaktiven Müll in Hanford, das ist eine militärische Anlage in den USA. Und so wird es auf uns zukommen, ob wir das wollen oder nicht, es sei denn, wir transportieren diesen Müll in ein Entwicklungsland. Im «Global 2000» hat die amerikanische Umweltschutzbehörde darauf hingewiesen, dass wir bis zum Jahr 2000 viele hunderttausend Tonnen an hochradioaktivem Müll und noch mehr an mittel- und schwachradioaktivem Müll haben werden. Das Risiko der Verseuchung des Planeten wird immer grösser. Die Situation wird immer bedrohlicher. Wissenschaftler bezeichnen die mangelnde Verantwortung als modernen «Turm zu Babel». Aber ausser Appellen wie zum Beispiel vom Europarat, dass die Probleme in rechtlicher, administrativer, finanzieller und sozialer Art gelöst werden müssten, geschieht nichts. Selbst die Kirche hat lange Zeit geschwiegen.

Nur die Nuklearindustrie hat nichts zu befürchten, denn in massloser Dummheit hat der Bund ihr die Verpflichtung für die Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle sogar noch abgenommen. So scheut sie sich nicht, uns weiter diesen tödlichen Müll aufzubürden. Sie verdient sogar noch gut daran: annähernd 40 Milliarden Mark – so schätzt die amerikanische Atomindustrie – werde es allein in den USA kosten, den Atomkreislauf am hinteren Ende zu schliessen. Man stellt nachdenklich die Frage, ob dies überhaupt je gelingt.

Ich zitiere zum Schluss noch einmal den katholischen Philosophen Robert Spaemann. Er stellt die Frage, ob es erlaubt sei, kommenden Generationen für Tausende von Jahren strahlende Abfälle zu hinterlassen. Er kommt zu einem entschiedenen Nein und meint: «Wenn der Staat solche Entscheidungen für die Nutzung der Kernenergie trifft, ehe die Gefahren aus radioaktiven Abfällen entschärft werden können, sind die Bürger von ihrer Loyalitätspflicht gegenüber diesem Staat entbunden.» Denn man könne den Leuten nicht zumuten, dass sie ihren eigenen Kindern solche Schädigungen zufügen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass das Problem der Kernkraftwerke und des Atommülls eher ein moralisches als ein technisches Problem ist. Dass man es dennoch nur als ein technisches Problem sieht, rührt hauptsächlich daher, dass die formal verantwortlichen Politiker und Industriellen die Moral zur Seite schieben, denn die Konsequenzen müssen nicht sie, sondern Uegeborene tragen, die ja, wie man weiss, heute noch kein Stimmrecht haben.

Das Atommüll-Problem ist ein ethisches und ein moralisches Problem. Was aber ethisch und moralisch falsch ist,

das kann politisch und wirtschaftlich überhaupt nie richtig sein.

Giger: Die freisinnig-demokratische Fraktion ist für Ablehnung der parlamentarischen Initiative Weder. Ein Moratorium für Kernkraftwerke bedeutet für uns einen gesetzlichen Aufschub in der Erfüllung von Verbindlichkeiten, d. h. Aufschub im Bau von weiteren Kernkraftwerken. In der Begründung des Moratoriums führt der Initiator eine Fülle von Argumenten auf, welche auch in wissenschaftlichen Kreisen nicht unbestritten sind. Herr Weder lässt in seiner Begründung – wie gewohnt – wahre Weltuntergangsstimmung aufkommen. Gegengutachten würden mit Sicherheit gegenteilige Beweise erbringen, worunter sicher auch das angeführte Waldsterben gehört. Die Entsorgung nuklearer Abfälle, ein Argument, das von Herrn Weder immer wieder vorgebracht worden ist, werden wir lösen müssen, und wir sind auch gewillt, das Problem zu lösen. Nicht nur in Kernkraftwerken produzieren wir radioaktive Abfälle, sondern auch in der Industrie, Medizin und Forschung. Von der Aufgabe der Nuklearentsorgung kann uns folglich niemand mehr entbinden. Ich empfehle Herrn Weder, den Zeitungsartikel in der «Basler Zeitung» – also nicht «St. Galler Tagblatt» zum Beispiel – vom 10. Dezember zu lesen: Kernenergie: «Risikoarm und umweltfreundlich». Ich zitiere nur einen Satz: «Zum zehnten Mal wiederholt, wird es gefallen» soll bereits der römische Dichter Horaz geschrieben haben. Es steht dort in diesem Zusammenhang weiter: «Geradezu ideal ist die Meinungsbildung, wenn in den Menschen Unsicherheit und Angst ausgelöst werden sollen.»

Wir sind der Meinung, dass aufgrund der energiepolitischen Perspektiven und vor allem aufgrund der heutigen Energiefrage ein Kernkraftwerk moratorium mehr als fehl am Platze wäre. Gerade auch im Hinblick auf die vom Initiator aufgeworfene Frage der Erhaltung von Ressourcen für die zukünftigen Generationen tragen unserer Ansicht nach die Kernkraftwerke am meisten dazu bei, diesen ethischen Anliegen des Initiators Rechnung zu tragen.

Aus diesen Ueberlegungen ersuchen wir Sie, die Initiative Weder für ein Atomkraftwerk moratorium abzulehnen.

Frau Fetz: Die PÖCH/PdA/PSA-Fraktion unterstützt selbstverständlich die parlamentarische Initiative betreffend AKW-Moratorium. Gründe, warum wir mehr darüber nachdenken sollten, ob die AKW nun wirklich nötig sind, gibt es genug; warum sie nicht gebaut werden sollen, auch. Sie sind hier mehrfach dargelegt worden, nicht nur heute. Ich brauche das nicht alles nochmals zu sagen. Wichtig in diesem Zusammenhang, und da unterstütze ich Herrn Weder vollkommen, ist natürlich die Entsorgungsfrage, die nach wie vor weltweit ungelöst ist und objektiv gar nicht gelöst werden kann. Wer von Ihnen will schon ganz direkt die Verantwortung dafür übernehmen, was wir unserer nächsten Generation hinterlassen? Uebrigens ist ja die Abstimmung über die erste Atominitiative von den Gegnern nicht zuletzt mit dem Versprechen ganz knapp gewonnen worden, dass das Entsorgungsproblem gelöst werden könne.

In diesem Zusammenhang brauchen wir das Moratorium auch. Moratorium heisst ja, sich eine Pause geben, vielleicht etwas länger über etwas nachdenken. Wir brauchen sie auch, damit der Bundesrat Zeit hat, einzusehen und auch einzugestehen, dass zum Beispiel die NAGRA mit ihrem Projekt «Gewähr» gar nicht reüssieren kann. Konkret – und das ist mir wichtig – könnte dieses Moratorium auch eine Lösungsmöglichkeit für Kaiseraugst sein. Der Widerstand in der Region – ich kann Ihnen das versichern – ist nach wie vor ungebrochen, auch wenn einige Politiker aus der Region, namentlich aus Wirtschaftskreisen, behaupten, ohne Kühltürme würde die Akzeptanz grösser. Davon kann keine Rede sein, das wäre ein sehr gefährlicher Trugschluss. Das Moratorium ist auch eine Lösung für diese Frage. Heute ist zum Beispiel die Wirtschaftlichkeit von Kaiseraugst längst nicht mehr das, was sie einmal war, Kaiseraugst ist längst unrentabel. Der Kaiseraugst-Strom wird der teuerste Strom werden. Das wissen auch die Befürworter. Hinter

vorgehaltener Hand erzählt man das allen, die es wissen wollen. Also geht es heute in der ganzen Angelegenheit doch nur noch um einen ideologischen Prestigekampf, um eine Zwängerei. Das haben auch die fruchtlosen Verzichtsverhandlungen gezeigt, die alle im Sand verlaufen sind. Es geht nur noch darum, ein politisches Exempel zu statuieren ohne Rücksicht auf Verlust. Und hier könnte doch ein Moratorium ein geeignetes Mittel sein, um vieles, was jetzt kaputtgemacht zu werden droht, ein bisschen zu entschärfen. Die Entsorgungsfrage könnte abgewartet werden, der vorprogrammierte staatspolitische Scherbenhaufen in der Region Basel könnte vermieden werden, der Finanzkonflikt könnte entschärft werden. Es wäre also eine Möglichkeit, sich hier mit Anstand aus der Sache zu ziehen, vor allem böte das Moratorium für die Befürworter von Kaiseraugst auch die Möglichkeit, einen Beitrag zur Lösung zu leisten, ohne Angst haben zu müssen, dabei das Gesicht zu verlieren. Im übrigen fände ich es anständig, wenn diesmal in dieser Sache jene unter Ihnen, die Mandatsträger irgendeiner Firma sind, die mit der Atom- oder Elektrizitätsindustrie zu tun hat, wirklich in den Ausstand träten und sich der Stimme enthielten. Unabhängige Entscheide sind glaubwürdiger und anständiger als sture Interessenvertretung.

Neuenschwander: Ich beantrage Ihnen im Namen der SVP-Fraktion, die parlamentarische Initiative Weder abzulehnen, und fasse die Ueberlegungen meiner Fraktion kurz zusammen:

Ratskollege Weder möchte weitere Kernkraftwerke verhindern, vor allem mit der Begründung, die Entsorgungsfrage sei nicht gelöst. Wir haben Herrn Weder in der Energiekommission angehört; er hat mit weit ausholenden, teils wissenschaftlichen Darstellungen versucht, uns von der globalen Gefahr der Atommüll-Lagerung zu überzeugen. Mit seinen Ausführungen hat er aber nicht einmal alle Atomgegner in der Kommission überzeugt. Einige von ihnen erklärten nämlich nachher, sie träten zwar auch für ein Moratorium bei der weiteren Entwicklung der Kernenergie ein, aber die von Herrn Weder ins Feld geführte Begründung teilten sie nicht. Dies beweist, dass seine Argumentation völlig in die Irre ging. Das Kommissionsmitglied, das sagte, die Beweisführung Weders sei wissenschaftlich falsch, aber polemisch richtig, hat wahrscheinlich den Nagel auf den Kopf getroffen.

Ich möchte hier einmal nicht nur an die Adresse des Initianten Weder, sondern an alle Atomgegner in diesem Rat klar und deutlich sagen: Wenden Sie doch Ihre Verstandeskraft statt zum Ausbrüten von Phantomunfällen, die sich nie ereignen werden, für die Lösung der echten Probleme der Gegenwart auf, und verschwenden Sie doch bitte Ihre unerschöpfliche Phantasie statt zum Ausdenken von Katastrophenszenarien einmal ein bisschen – und zwar hier und jetzt – auf die konkrete technische Innovation bei der Suche nach guten Lösungen für die Endlagerung von Atommüll.

Wäre das nicht auch ein Weg, und vielleicht gar einer, welcher der Menschheit mehr nützt als das dauernde Heraufbeschwören von Horrorszenen? Nehmen Sie sich doch einmal ein Beispiel an den Schweden, bei denen bekanntlich das Sicherheitsdenken ausserordentlich hoch entwickelt ist. In Schweden halten die Ingenieure und die Geologen eine Lagerung von nuklearen Abfällen in einer Tiefe von 50 Metern, mancherorts gar nur von 30 Metern, unter kompakten Granitschichten, die es auch in unserem Lande gibt, für absolut ausreichend, und jedermann akzeptiert eine derartige Lösung.

Ich möchte noch kurz auf einen weiteren Aspekt eintreten, der meines Erachtens in unserer Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt ist. Seit Jahren fallen in der Schweiz beträchtliche Mengen von radioaktiven Abfällen aus der Forschung, aus der Industrie und vor allem aus der Medizin an, wie das auch Herr Giger erwähnt hat. Für ihre Endlagerung muss eine Lösung gefunden werden, ungeachtet eines Moratoriums für Kernkraftwerke. Oder wollen wir etwa auf die Nuklearmedizin verzichten?

Dies möchte ich Ihnen allen zu bedenken geben, allen voran

Herrn Weder, der über den medizinischen Aspekt kein Wort verlor, und der, wie andere Atomgegner auch, immer nur, wie die Maus auf eine Schlange, auf die nukleare Energieerzeugung starrt und diese zum alleinigen Bösewicht macht. Was wir brauchen, ist keine Initiative Weder, die sich in ihrer Begründung in einem nebulösen Zeithorizont von 10 000 Jahren verliert, sondern handfeste, konkrete und sichere Lösungen für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen ohne Abschiebung des Problems ins Ausland. Ein Moratorium aber verhindert genau das heute dringend notwendige resolute Anpacken des Lagerungsproblems. Die Fraktion der SVP lehnt diese Verhinderungsinitiative dankend ab und ersucht auch den Rat, sie abzulehnen.

Oehen: Nach diesem Votum von Herrn Neuenschwander möchte ich vorerst der Hoffnung Ausdruck geben, dass seine Argumentation nicht effektiv die Meinung seiner Fraktion wiedergibt. Ich wäre sonst zutiefst enttäuscht.

Die hier vorhandenen Probleme können Sie nicht mit einem bisschen Demagogie einfach unter den Tisch wischen. So geht es nicht! Und wenn Sie von unerschöpflicher Phantasie der Atomkraftwerkgegner sprechen, die andauernd Phantomunfälle ausdenken würden, statt sich der technischen Innovation zu widmen, und ihnen vorwerfen, sie würden von einem nebulösen Zeithorizont sprechen, statt sich handfester Initiativen zu bedienen und die aktuellen Probleme zu lösen, dann muss ich Ihnen sagen: Herr Kollega Neuenschwander, Sie sind mir sonst ein lieber Freund, aber hier haben Sie nichts begriffen!

In der gesamten Problematik der Atomkraftwerke, der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie, geht es letztlich um die Frage, ob Sie bereit sind, langfristig zu denken, oder ob Sie nur kurzfristig vor sich hingucken; ob Sie bereit sind, die Verantwortung für kommende Generationen zu sehen und wahrzunehmen, oder ob Sie nur die berühmte Energielücke der nächsten 20 bis 30 Jahre überspringen wollen. Es geht hier um eine Grundhaltung gegenüber dem Leben an sich.

Bitte bestreiten Sie die Tatsache nicht, dass die Biosphäre, dass der Erdmantel etwas Instabiles, sich dauernd in Bewegung Befindliches ist. Stabil erscheint es nur uns mit unserer ausserordentlich kurzen Lebensdauer im Vergleich mit erdgeschichtlichen Intervallen.

Die Tatsache besteht, dass es keine sichere Lagerung geben kann, weil es keinen stabilen Erdmantel gibt. Die Tatsache besteht, dass alle strahlenden, radioaktiven Abfälle in 10 000 Jahren noch immer lebensfeindliche Effekte von sich geben werden, dass damit das Leben an sich auf unserem Planeten in Gefahr gebracht wird.

Ich habe hier in den siebziger Jahren ausserordentlich engagiert dieses Problem zur Darstellung gebracht, und im Grunde genommen habe ich resigniert. Im Grunde genommen mag ich hier nicht mehr predigen, denn die grossen, dauernden, langfristigen Wahrheiten, die kennen Sie, wenn Sie bloss wollen. Und wenn Sie sie nicht zur Kenntnis nehmen, weil für Sie nur die nächsten 100 Jahre von Interesse sind, können wir uns wahrscheinlich nie finden. Aber diese Tonart, die Atomkraftwerkgegner als leicht unterbelichtete Figuren darzustellen, Herr Kollega Neuenschwander, das akzeptiere ich nicht.

Was will Herr Kollega Weder? Er will mit seinem Moratorium, das er anstrebt, verhindern, dass die Menge des anfallenden hochradioaktiven Mülls dauernd zunimmt. Und Herr Weder sieht natürlich ganz genauso wie Sie und ich, dass wir, auch wenn wir dieses Anwachsen nicht mehr wollen, mit den aktuellen Problemen trotzdem fertig werden müssen. Aber es ist auch ebenso klar, dass wir um so schwerer damit fertig werden, je mehr wir auf Atomtechnik setzen und derartige Abfälle produzieren.

Zu den Problemen der modernen Medizin: Ich habe hier in den vergangenen Jahren auch in dieser Hinsicht verschiedentlich Ausführungen gemacht. Ich bin der Meinung, dass wir uns auch hier auf einem gefährlichen und vor allem nicht auf dem aussichtsreichsten Wege befinden. Ich bin mir aber auch bewusst, dass es in der Forschung ohne markierte

Elemente, also ohne radioaktive Hilfsstoffe, nicht geht, dass wir am weitesten kommen, wenn wir dieses Hilfsmittel anwenden. Das sind aber verschwindend kleine Mengen. Sie sind nicht zu vergleichen mit den hochgradig problematischen Abfallstoffen, die wir in der Kernspaltung erhalten und dann wieder wenigstens für die nächsten Jahrzehnte beseitigen müssen.

Wenn Sie diese Relationen sehen und wenn Sie mit uns – so hoffe ich – langfristig die Verantwortung für das Leben auf dieser Welt wahrnehmen, werden Sie sehen und begreifen, dass die Forderung von Herrn Weder durchaus nicht abwegig, sondern unterstützungswürdig ist. Ich bitte Sie deshalb, seiner parlamentarischen Initiative zuzustimmen.

Frei-Romanshorn: Mit den Verzögerungstaktiken der vergangenen Jahre sind wir nun bereits zu einem Moratorium gekommen. Wir sind ja schon dort, wo Herr Weder uns hinbringen will. Es gibt keine Gründe, die heutige Situation – übrigens eine ungesetzliche Situation – weiterhin andauern zu lassen; dies um so mehr, als die vorgebrachten Gründe – ich möchte das ganz pauschal und generell sagen – alles andere als stichhaltig sind. Sie sind auch im Laufe der vergangenen Debatten hier im Saale und im Laufe der Abstimmungskampagnen entkräftet worden. Diese zum Teil alten Ladenhüter, welche nun einmal immer wieder präsentiert werden, werden damit nicht wieder ein besseres Aussehen erreichen. Daran vermag auch Herr Kollege Oehen nichts zu ändern. Seine Betrachtungsweise ist allerdings richtig, doch müssen und dürfen wir hier vertrauensvoll auf die Wissenschaftler bauen, die uns diese Energiemöglichkeit gebracht haben, aber andererseits auch in der Lage sind und es auch entsprechend beweisen, die negativen Folgen der Kernnutzung zu bewältigen.

Es gibt in der Tat keine Gründe, dieser Initiative Folge zu geben. Ich stelle Ihnen diesen Antrag im Namen der CVP-Fraktion.

Weder-Basel: Da ich angegriffen wurde, möchte ich mich kurz verteidigen. Herr Neuenschwander hat gesagt, man habe in der Kommission gesagt, meine Argumentation sei wissenschaftlich falsch. Das hat tatsächlich ein Mann in der Kommission gesagt. Ich habe ihn dann öffentlich aufgefordert, mir nachzuweisen, wo ich wissenschaftlich falsch argumentiert hätte. Er ist auf meinen Wunsch nicht eingetreten.

Herr Neuenschwander, Sie müssen mir sagen, wo und was ich falsch zitiert habe und was nicht stichhaltig ist.

Dann möchte ich noch zu Herrn Frei-Romanshorn sagen: Er hat gesagt, die Wissenschaftler beweisen uns, dass die Endlagerung machbar sei. Jawohl, das machen sie, und zwar auf beiden Seiten! Wenn Sie dann hingehen und kontrollieren, was denn das für Wissenschaftler sind, werden Sie feststellen, dass diejenigen, die den Nachweis erbringen, das sei machbar, alle in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen, entweder zum Bund, zur NAGRA oder zu den Elektrizitätsgesellschaften. Die unabhängigen Wissenschaftler, diejenigen, die sich noch frei äussern dürfen, sind aber auf unserer Seite. Das ist doch bezeichnend.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch ein Beispiel erwähnen, das darauf hindeutet, wie ungemein schwierig unsere Situation ist. Im Zusammenhang mit «Gewähr» habe ich ja auch einen politischen Vorstoss gemacht und verlangt, es sei eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen. Da bekam ich aus Zürich ein Telefon von einem Büro, das in der Geologie tätig ist, aber für den Bund arbeitet. Er durfte mir seinen Namen nicht sagen, weil er Angst hatte, Aufträge des Bundes zu verlieren. Er hat mir nur gesagt: Herr Weder, beharren Sie auf dem Standpunkt, dass zukünftig die Arbeiten der NAGRA von unabhängigen Wissenschaftlern begleitet werden.

Herr Neuenschwander, Herr Oehen hat es Ihnen schon gesagt: Uns geht es um langfristige Verantwortung. Was Sie da propagieren, ist nichts anderes als die Flucht aus der Verantwortung.

Hunziker: Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber ich sage es jetzt doch. Diese Regelmässigkeit von Nichteintretensanträgen, Rückweisungen, Moratorien immer dann, wenn es um Kernenergie geht, hat etwas mit Verbissenheit zu tun. *(Zwischenruf Oehen: Sie sind ja auch verbissen!)* Sie hat auch etwas damit zu tun, dass man unzählige Male diskutierte und immer wieder entschiedene Fragen – auf parlamentarischer Ebene und in Volksabstimmungen – nicht zur Kenntnis nehmen will. Man will gewissermassen alles immer wieder neu aufrollen, obschon es schon x-fach ausgetragen worden ist.

Sind Sie eigentlich alle unbeeindruckt von dem, was der Bundesrat seit zehn Jahren – er spürt auch staatspolitische und staatsmännische Verantwortung – dazu sagt? Sind Sie völlig unbeeindruckt von dem, was unsere Eidgenössische Technische Hochschule dazu sagt, von dem, was beispielsweise eine Naturforschende Gesellschaft – weiss Gott keine Atomlobby – über die Kernenergie sagt oder was internationale und nationale anerkannte Forschungsgremien dazu beizutragen haben? Sind Sie völlig unbeeindruckt von den ökologischen Aspekten, die sich vor allem mit anderen Energieträgern ergeben? Haben Sie auch schon davon gehört, dass, wenn wir so weiterfahren ohne Kernenergie, atmosphärische Belastungen stattfinden werden, die bis zu Klimaveränderungen von epochalem Ausmass führen können? Ist Ihnen das alles völlig unbedeutend?

Nun eine Frage an die Sozialdemokratische Partei, eine grosse, wichtige Partei in unserem Land, eine Partei, die Regierungsverantwortung mitträgt: Sind Sie eigentlich völlig unbeeindruckt davon, dass praktisch sämtliche sozialdemokratisch regierten demokratischen Länder in Europa und in anderen Teilen der Welt – mit einer einzigen Ausnahme – für die Kernenergie eintreten? Sagt es Ihnen nichts, wenn Staatsmänner von grossem Format wie ein Helmut Schmidt, ein Kreisky, ein Mitterrand oder ein Felipe Gonzalez sich für diese Energieform einsetzen? Sehen Sie an dem einfach vorbei? Sind das irgendwelche «Bajassen», die da mit der Atomlobby verbunden und von allen guten Geistern verlassen sind?

Ich muss Ihnen sagen: Was da seit Jahren aufgeführt wird, hat zu tun mit Hysterie, und es hat zu tun mit Demokratieverständnis. Es ist eine Verkrampfung monumentalen Ausmasses.

Lehnen Sie diese Initiative ab!

Frau Morf: Die SP-Fraktion hätte es beinahe verpasst, zur Initiative von Herrn Weder Stellung zu nehmen, und zwar aus einem ganz bestimmten Grund: weil wir selbstverständlich dafür sind.

Unser Kollege Meizoz, von dem angenommen wurde, dass er für unsere Fraktion Stellung nehmen würde, hat bezüglich eines AKW-Moratoriums schon vor Jahren vorgestossen. Wir haben das auch bei der Behandlung des Atomgesetzes immer wieder gefordert. Wir haben einen diesbezüglichen Parteitagsbeschluss. Es ist manchmal bemügend, wenn man das immer von neuem wiederholen muss, und es ist möglich, dass wir deshalb nicht sofort dazu Stellung genommen haben.

Manchmal fällt es einem eben schwer, nachzudoppeln, wo man schon hundertmal dasselbe festgestellt hat, und wir müssen eigentlich froh sein, dass es immer wieder neue Kollegen gibt, die das wieder aufgreifen und relativ unverbraucht dann dazu Stellung nehmen können.

Natürlich wissen wir auch, und das ist nicht gesagt worden, dass es heute weltweit bereits Hunderte von Atomkraftwerken gibt – AKW, die es damals noch gar nicht gegeben hat, als wir das Moratorium verlangten – und dass wir jetzt – ob wir diese AKW wollten oder nicht – Verantwortung übernehmen müssen für den Atomabfall, der doch irgendwo sicher versorgt werden muss.

Es ist in diesem Zusammenhang schon sehr seltsam, dass man seit einiger Zeit das Wort «Endlagerung» fast nicht mehr braucht. Früher hat man immer von Endlagerung gesprochen. Es ist symptomatisch, dass man jetzt immer nur von Zwischenlagern redet oder von Zwischenlösungen

usw. Es ist auch leicht zu erklären warum. Herr Weder hat es gesagt, und ich habe es vor ein paar Monaten fast mit denselben Worten im Europarat auch gesagt – wir haben uns also nicht abgesprochen –: nämlich dieser Hinweis darauf, wie uns jedes Jahr eine neue «Patentlösung» serviert wird. Erst hiess es, alles werde in den Salzbergwerken gelagert. Dann: ganz sicher sei alles gelagert beim Schah von Persien. Einmal hiess es: nach Argentinien oder Brasilien damit! Neuerdings ist die Wüste in China dran, man könne den A-Müll dorthin schicken, und einmal hat es auch geheissen – sogar hier im Rat, das kann man im Protokoll nachlesen –, man könne den ganzen Abfall auf den Mond jagen.

Das zeigt die grosse Unsicherheit. Das zeigt, dass man immer noch nicht weiss, wohin damit. Wenn darüber gesprochen wird, heisst es immer wieder: man «könne», man «solle», man «würde», man «hat vor». Aber definitive, wirkliche Lösungen hat man nicht. Das ist verantwortungslos. Aus diesem Grunde ist es ganz klar, dass unsere Fraktion diese Initiative von Herrn Weder unterstützt.

Nun hat Herr Hunziker noch eine Frage an die SP gestellt: warum denn ganz Europa begeistert sei von den AKW, inbegriffen die sozialistischen Länder. Wir können ihm da schon antworten: Schweden hat soeben beschlossen, bis zum Jahr 2010 sämtliche Atomkraftwerke stillzulegen. Das sind übrigens dann die neuen Probleme, die sich stellen werden: Wie schliesst man ein Atomkraftwerk? Jedes ist ja nach 20 bis 30 Jahren ohnehin verbraucht, man müsste es dann stilllegen. Das wird enorme neue Probleme geben. Auch Holland ist gar nicht so überzeugt von den Atomkraftwerken, Oesterreichs Stimmbürger waren dagegen, und in Dänemark gibt es überhaupt keine AKW. Es ist also nicht so, wie Herr Hunziker das dargestellt hat, dass ganz Europa davon begeistert wäre und dass überall schon Lösungen für einen sicheren Betrieb vorgesehen wären.

Hingegen möchte ich nun unsererseits auch eine Frage an Herrn Hunziker stellen, nämlich: Wollen Sie etwa anfangen, mit Strom Auto zu fahren?

Ich möchte Ihnen beliebt machen, die Initiative Weder für eine Denkpause zu unterstützen.

Euler, Berichterstatter: Eingangs eine persönliche Bemerkung: Die Unterstellungen von Herrn Neuenschwander, alle AKW-Gegner als Phantasten, im Klartext sozusagen als Dummköpfe hinzustellen, weise ich als seit 15 Jahren tätiger AKW-Gegner mit Entschiedenheit zurück. So geht es nicht, Herr Neuenschwander, dies ist schlicht eine Frage des Anstandes.

Sie haben zur parlamentarischen Initiative Weder einen schriftlichen Bericht erhalten, den – so nehme ich an – Sie auch gelesen haben. Ich beschränke mich auf eine Zusammenfassung.

Der Initiator hat auch hier wieder seinen Vorstoss hauptsächlich damit begründet, dass die risikolose Entsorgung des Atommülls nicht gewährleistet ist. Er beschränkt sich in seiner Argumentation auf die Atommüll- und Ethikfrage. Die Kommission konnte sich in der Mehrheit den vorwiegend ethischen Argumenten des Initiators nicht anschliessen; die naturwissenschaftlichen Ausführungen des Initiators wurden bestritten, und es wurde auch festgestellt, dass faktisch seit einigen Jahren bereits ein Moratorium besteht. Die Kommission lehnte die Initiative auch deshalb ab, weil ein Moratorium für geplante oder im Bau befindliche Atomkraftwerke die Schweiz nicht davon entbinden könne, Lösungen für eine sichere Lagerung des bereits heute in Medizin, Forschung und Industrie produzierten Atommülls zu finden. Die NAGRA und andere Institutionen bearbeiten gegenwärtig zuhause des Bundesrates entsprechende Vorschläge. Ausserdem würde das vom Initiator beantragte Moratorium von mehreren Jahren gemäss den energiepolitischen Vorstellungen des Bundesrates zu einer Stromlücke führen, wurde in der Kommission gesagt.

Schliesslich gilt es zu berücksichtigen, dass Volk und Stände in der Abstimmung über die Atom- und Energieinitiative vom 23. September 1984 das Verbot weiterer Atomkraft-

werke abgelehnt haben. Somit sei die parlamentarische Initiative Weder vom März 1984 überholt.

Eine Kommissionsminderheit unterstützt die Initiative aus grundsätzlichen Ueberlegungen und verspricht sich davon einen Zeitgewinn zur Neuüberprüfung des Problems. Sie teilt zwar nicht unbedingt die Begründungen des Initiators in allen Punkten, ist aber mit ihm einverstanden, dass man gegenwärtig den Bau weiterer Atomkraftwerke nicht verantworten kann.

Die Kommissionsminderheit befürwortet vor allem eine aktive Energiepolitik des Bundes und der Kantone, mit der die Nachfrage nach Elektrizität gesteuert werden kann, um so den Verbrauch zu senken und neue Elektrizitätsproduktionsanlagen vorerst überflüssig zu machen. Ferner würde ein Moratorium auch eine willkommene staatspolitische Entspannung bringen.

Die Meinungen in der Kommission waren allerdings weitgehend schon gemacht. Die Diskussion mit dem Initiator dauerte denn auch nicht allzu lange, nicht viel länger als hier im Plenum, so dass die Kommission mit 10 gegen 7 Stimmen bei einer Enthaltung ihren Entscheid gegen die parlamentarische Initiative fällen konnte. Als Kommissionspräsident muss ich Ihnen Zustimmung zum Kommissionsentscheid beantragen.

M. Cavadini, rapporteur: M. Weder-Basel force l'estime par la ténacité de ses convictions et la fermeté de ses propos. La commission avait souhaité écourter ce débat en redonnant dans leur intégralité les arguments que M. Weder avait développés. L'auteur de l'initiative souhaitait les répéter oralement, il vient de le faire, déclenchant un petit débat impromptu et prenant de court certains représentants de groupes. Nous serons très brefs car c'est au moins la quinzième fois – nous avons tenu un petit compte – que le même débat a lieu, avec les mêmes arguments scientifiques ou théologiques.

Nous disons simplement que votre commission, par 10 voix contre 7, vous invite à ne pas donner suite à la proposition de M. Weder. La minorité appuie l'initiative car elle y voit un moyen de se donner un temps de réflexion. Elle recommande que la Confédération et les cantons recherchent une politique énergétique visant à contenir la demande de courant électrique. Quant à la majorité de la commission, elle ne se rallie pas à ces arguments. Les thèses scientifiques de l'auteur de l'initiative sont contestées et nous nous trouvons depuis plusieurs années devant un moratoire de fait. Même si un moratoire était décrété, nous ne serions pas dégagés, aujourd'hui encore, de l'obligation de trouver une solution pour l'élimination sûre des déchets, tant sur le plan médical que sur celui de la recherche. Les études de la CEDRA et des autres organismes restent tout à fait nécessaires et d'actualité. Enfin, il s'agit aussi d'évoquer le respect de la volonté du peuple qui, le 23 septembre 1984 a clairement manifesté son opposition à l'initiative visant à interdire la construction de nouvelles centrales. Au nom de la commission, je vous recommande donc de ne pas donner suite à la proposition de M. Weder.

Bundesrat Schlumpf: Wir wollen nicht neuerdings eine energiepolitische Auslegeordnung erstellen, das haben wir in den letzten Jahren oft genug getan. Der Bundesrat hätte heute überhaupt keinen Anlass, von der vor Jahren sorgfältig erarbeiteten energiepolitischen Haltung und Linie abzuweichen.

Weshalb nicht? Was wir vor fünf Jahren aufgrund der breiten Studien (GEK und so weiter) an Perspektiven und politischen Linien erarbeiteten, hat sich durch die bisherige Entwicklung in diesen fünf Jahren als mehr als nur richtig erwiesen. Ich beschränke mich deshalb auf die Stellungnahme zu zwei Voten.

Frau Morf, Sie vermissen den Ausdruck Endlagerung. Ich kann Ihnen eine kleine Kompensation anbieten: Sie finden ihn – selbstverständlich –, wir haben auch rein terminologisch eine gerade Linie. Sie finden ihn wieder im Entwurf für ein neues Kernenergiegesetz, den wir vor einigen Wochen

der Öffentlichkeit präsentierten. Wir verstecken unsere Meinung und Ziele auch in bezug auf die Begriffsverwendung selbstverständlich nicht.

Zur Frage der Kernkraftwerke müssen doch noch Klarstellungen erfolgen: Wir haben Hunderte von Kernkraftwerken weltweit in Betrieb, Dutzende sind im Bau, mehrere davon in unmittelbarer Nachbarschaft. Es geht doch für uns nicht um die Frage, ob wir durch ein Moratorium die Entwicklung insgesamt (Weiterbau, Weiterbetrieb der schon bestehenden) beeinflussen könnten. Kernkraftwerke sind da und werden für Jahrzehnte da bleiben. Und wir sind auch rein geographisch im unmittelbaren Einzugsbereich von Dutzenden von Kernkraftwerken und werden es bleiben.

Nun, Herr Weder, Sie haben einige Ausführungen gemacht, die mich schon etwas beschäftigen. Sie haben gesagt: Man hat uns angelogen. Ich muss Sie fragen: Wer? Denn wenn Sie mich dann später zitierten, dann kann ich nur sagen, das Zitat ist richtig, wie Sie es vorgetragen haben, aber es wäre mir völlig neu, wenn ich einmal in dieser Sache oder sonst die Unwahrheit gesagt hätte. Ich habe zur Entsorgungsfrage immer gesagt: Abzuklären ist – und das hat den absoluten Primat – die Möglichkeit einer landesinternen Entsorgung. Denn ich setze voraus, dass es elementarer Bestandteil der nationalen Souveränität ist – und ich bin Anhänger von nationalen Souveränitäten –, dass man die Aufgaben auch selbst löst, auch die Entsorgungsaufgabe, soweit das eben von den Voraussetzungen her überhaupt möglich ist, ob wir das gerne machen oder nicht.

Diese Forschungen sind die Aufgabe der NAGRA. Sie muss klären, ob wir für hochradioaktive, für schwach- und mittelradioaktive Abfälle verantwortbare Lagermöglichkeiten haben in unserem Land. Ich bleibe dabei, Herr Weder. Wenn wir sie haben, obwohl ich weiss, dass es politisch gar keine Lorbeeren einbringt, dann müssen wir die Lagerung nach meiner vollendeten Ueberzeugung im eigenen Land lösen. Ob wir sie haben, prüft natürlich nicht nur die NAGRA, sondern dafür haben wir Experten eingesetzt. Der Bericht der NAGRA wird überprüft; das braucht noch etwas Zeit.

Es sind schweizerische, aber auch ausländische Experten; allerdings: Ihre Kategorie von Experten fehlt darunter. Sie haben zwei für mich neue Kategorien geschaffen: die unabhängigen Experten, das sind diejenigen, die gegen die Kernenergie sind – so habe ich Sie verstanden –, und die abhängigen Experten sind die anderen! Aber ich meine nicht diese Kategorie: eine Kategorie fehlt, nämlich diejenige der anonymen Experten. Ich will nur Experten, die bereit sind, zu ihrem Namen zu stehen und zu ihrer Arbeit zu stehen. Anonyme Experten, die mir telefonieren und grosse Weisheiten kundtun und dann sagen: «Ich kann ihnen nicht sagen, wer ich bin, aber ich bin ein Experte!», das ist eine Kategorie, die wir nicht berücksichtigen wollen.

Nun zur Frage externer Lösungen. Das ist nur als zweite Wahl überhaupt in Erwägung zu ziehen, dann nämlich, wenn wir tatsächlich – nicht als Alibiargument! – aufgrund sorgfältiger Abklärungen keine genügenden Entsorgungsmöglichkeiten hätten. Die internationale Zusammenarbeit ist unabhängig davon, ob wir inländische oder nur externe Entsorgungsmöglichkeiten finden werden. Die internationale Zusammenarbeit ist nötig, weil wir daran interessiert sind, dass andernorts die Entsorgungsprobleme gelöst werden. Andere könnten an unserer Entsorgung Interesse finden; unter Umständen ergeben sich im Zusammenwirken rationelle Möglichkeiten. Herr Weder, wir suchen nicht irgendwo ein Entwicklungsland so quasi als Opfer! Aber ich darf Ihnen sagen: man ist schon mit solchen Ueberlegungen an uns herangetreten. Die Antwort meinerseits war immer völlig klar und kompromisslos: Das kommt überhaupt nicht in Frage! Wir haben solche Gespräche gar nicht aufgenommen, und dabei bleibt es.

Zum Zusammenhang Atomenergie und Waldsterben: Sie haben gefragt, was der Bundesrat jetzt dazu sage. Wissen Sie, Herr Weder, der Bundesrat redet immer erst dann, wenn er wirklich etwas zu sagen hat, und deshalb will ich jetzt zu dieser Frage schweigen.

Das Problem der zukünftigen Generationen ist ein ernsthaftes,

in diesem und in anderem Zusammenhang. Das beschäftigt uns natürlich sehr. Herr Oehen: Ihre Verärgerung über das Votum von Herrn Neuenschwander ist jedenfalls am Kern der Ausführungen von Herrn Neuenschwander vorbeigegangen! Herr Neuenschwander hat natürlich zu Recht herausgestrichen, dass das Entsorgungsproblem gelöst werden muss, sogar wenn wir ein Moratorium für neue Kernkraftwerke machen würden. Denn wir haben schon Kernkraftwerke und produzieren daraus hochradioaktive Abfälle, aber wir haben noch ganz andere Atommüllproduktionen – sie wurden genannt: in der Medizin, in der Forschung, in der Industrie! Da kommt die Gewissensfrage in bezug auf die künftige Generation!

Wäre es denkbar, einen Weg zurück anzutreten, beispielsweise in der Medizin? Ich bin der Meinung, das wäre nicht denkbar. Das heisst eben, ob mit oder ohne Kernkraftwerke, dass das Entsorgungsproblem langfristig gelöst werden muss, weil wir schon seit langem und auch künftighin aus ganz verschiedenen Produktionen radioaktive Abfälle produzieren und mit diesen Problemen verantwortungsbewusst fertig werden müssen. Also müssen die Abklärung, die Forschung und die Untersuchungen weitergeführt werden. Das muss ich Ihnen, Herr Weder, sagen, nicht an Sie persönlich adressiert.

Es fällt mir in diesem Zusammenhang immer wieder Conrad Ferdinand Meyers: «Huttens letzte Tage, homo sum» ein: «Ich bin kein ausgeklügeltes Buch, ich bin ein Mensch mit seinem Widerspruch.» Aber ich meine nun nicht etwa mich und den Bundesrat, der hat eine ganz klare Linie (*Heiterkeit*); da meine ich andere.

Ich bitte Sie, der Initiative keine Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	82 Stimmen
Für den Antrag Euler	47 Stimmen

Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr
La séance est levée à 12 h 30

Parlamentarische Initiative Atomkraftwerke. Moratorium

Initiative parlementaire Centrales nucléaires. Moratoire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	84.221
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.12.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2194-2201
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 953

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.